



Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Rheinland-Pfalz

16.11 – Mainz 13.5.2011

Abgestempelt - Kennzeichnungspflicht offensichtlich beschlossen

Offenkundig wurde im Rahmen der Koalitionsverhandlungen eine Kennzeichnungspflicht für Polizei-beamtinnen und Polizeibeamte beschlossen. Das zum Ausdruck gebrachte Misstrauen gegen die eigene Polizei verzerrt dabei die Realitäten im Land.

Die GdP begrüßt in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Entscheidung, mit der neuen Uniform Namensschilder auszugeben, die grundsätzlich getragen werden. Wir treten den Bürgerinnen und Bürgern offen gegenüber und bürgen mit unserem Namen für unsere Maßnahmen. Wir sind darüber und über eine interne Dokumentation leicht identifizierbar.

Aus diesem Grund ist auch nicht über den Einsatz im Rahmen des Streifendienstes und den zu 95 % (oder mehr) friedlichen Einsätzen in BAO-Lagen zu reden.

Zu reden ist jedoch über die Einsatzsituationen, in denen unsere Kolleginnen und Kollegen sehenden Auges in gewalttätige Ausschreitungen entsandt werden. Gemeint sind die Begleiterscheinungen des kommerziellen Fußballbetriebs, Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwerstkriminalität oder gewalttätige Versammlungslagen. Immanent ist diesen Einsätzen, dass sich Situationen ergeben könnten, in denen das polizeiliche Einschreiten einem Einzelnen nicht mehr zuzuordnen wäre. Rheinland-Pfalz hat hier aber ebenso wie die anderen Länder - neben taktischen Gründen - als zusätzliche Sicherheit die Rückenzeichnungen erstellen lassen. Bis zur Ebene der Gruppen ist damit bereits eine Individualisierung gegeben. Hinzu kommen die Dokumentation der konkreten Einsatzsituation und die gelebte Führungsverantwortung der jeweiligen Einheitsführer.

Zu reden ist auch über die politische wie dienstliche Fürsorgepflicht vorgesetzter Stellen bis hin zur Landesregierung. Unbekannt ist der Polizei nämlich allzu oft ihr Gegenüber. Gut organisiert, vernetzt und gewaltbereit sind die Akteure, die uns angreifen. Die von der neuen Landesregierung negierte Gefahr ist jedoch real. Sie ist sogar durch das Internet und den Möglichkeiten des anonymen Agierens gewachsen.

Zu Recht wird von der Polizei erwartet, entschlossen und konsequent gegen Straftäter vorzugehen. Die politische Verantwortung übernehmen heißt hier aber, sich nicht nur für Schönwettereinsätze zu bedanken, sondern auch dann vor die Kolleginnen und Kollegen zu stellen, wenn die Polizei als Träger des staatlichen Gewaltmonopols, Konflikte für die politisch Verantwortlichen im wahrsten Sinne des Wortes „ausfechten“ muss.

Wir finden es mehr als bedauerlich, dass man mit einem solchen Ausdruck des Misstrauens der Polizei gegenüber in eine neue Legislaturperiode starten möchte.

FA Schutzpolizei